

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 26.06.2026 00:31
Aktenzahl: PGL-907175-2026-KVP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 5.5

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Landeshauptmann-Stellvertreterin
Mag. Bettina Emmerling, MSc

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Sabine Keri (ÖVP), Harald Zierfuß (ÖVP), Mag. Caroline Hungerländer, MSc (ÖVP), Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Bettina Emmerling, MSc zu Post Nr. 5 der Tagesordnung für den Landtag am 26.06.2026.

Neupositionierung der MA 11 unter ganzheitlicher Einbeziehung der Familie

Bis 2018 hieß die MA 11 „Amt für Jugend und Familie“. Mit der Umbenennung in „Kinder- und Jugendhilfe“ wurde nicht nur der Begriff der „Familie“ aus dem Namen entfernt, sondern hat sich auch inhaltlich der Fokus der Behörde geändert. Die Wiener Volkspartei erreichen immer wieder viele Nachrichten von Familien, die das Vertrauen in die MA 11 verloren haben. Anstatt dort Hilfe und Unterstützung zu bekommen, berichten viele Eltern von einem System der Verurteilung, des psychischen Drucks sowie der Überwachung - mit dem Resultat, dass sich immer weniger Familien bei der MA 11 für Hilfe und Unterstützung melden, woran wiederum Kinder- und Jugendliche zu leiden haben.

Die Familie ist der Eckpfeiler einer Gesellschaft und ihre Bedeutung für das

Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen unbestreitbar – selbst dann, wenn das Kindeswohl in der Ursprungsfamilie nicht mehr gewährleistet werden kann. Auch in einem solchen Fall kann das Kindeswohl nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss immer im Kontext der familiären Beziehungen erfolgen. Insofern muss die Kinder- und Jugendhilfe bestrebt sein, familiären Bindungen zu ermöglichen und positive Interaktionen zwischen Eltern und Kindern zu fördern, um eine „Entfremdung“ zwischen Eltern und Kindern zu verhindern. Dazu ist es notwendig, dass etwa Zielvereinbarungen nach Kindesabnahmen gemeinsam erarbeitet und auch schaffbar gestaltet werden. Auch beim Kontaktrecht braucht es ein Mitspracherecht der Eltern sowie Mindestvereinbarungen, um eine „Entfremdung“ zu vermeiden. Darüber hinaus wäre es dringend notwendig, bei erfolgten Kindesabnahmen Eltern Transparenz und Einsicht in die Akten der MA 11 zu gewähren. Oft wissen diese gar nicht, was ihnen von Seiten der MA 11 vorgeworfen wird und was schlussendlich zu einer Kindesabnahme geführt hat. Umso schwieriger ist es auch für Eltern, gegen Obsorge-Anträge der MA 11 vor Gericht zu argumentieren.

Ganz grundsätzlich sollte es das Ziel der Kinder- und Jugendhilfe sein, gefährdeten Familien bereits frühzeitig unterstützende Maßnahmen und Hilfe anzubieten, um das familiäre Umfeld zu stabilisieren und das Risiko negativer Entwicklungen auf die Kinder zu minimieren. Dazu braucht es jedoch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften der MA 11 und den Familien, damit das Angebot auch als Unterstützung und Hilfe wahrgenommen wird und nicht als Mittel zur Überwachung und Verurteilung der Familien. Ziel muss es sein, dass die Kinder- und Jugendhilfe wieder als Partner für Familien wahrgenommen wird und nicht als Gegner. Dazu wäre es auch hilfreich, alternative Modelle zu einer Kindesabnahme, wie z.B. betreutes Eltern-Kind-Wohnen, zu erarbeiten und auszubauen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für eine Neupositionierung der MA 11 unter ganzheitlicher Einbeziehung der Familie aus. Ziel soll es dabei sein, dass die Wiener Kinder- und Jugendhilfe (MA 11) wieder als Partner und nicht als Gegner von Familien wahrgenommen wird. Die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte als zuständiges Mitglied der Wiener Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Zielvereinbarungen sowie Kontaktregelungen nach Kindesabnahmen gemeinschaftlich mit den Eltern erarbeitet werden und dazu uneingeschränkte und transparente Akteneinsicht in die Unterlagen der MA 11 gewährleistet wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 26.06.2026

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP); Hannes Taborsky (ÖVP); Mag. Caroline Hungerländer, MSc (ÖVP); Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc (ÖVP); Harald Zierfuß (ÖVP)